

# Correspondent

Ercheint

Donnerstag, Donnerstag,

Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis

vierteljährlich eine Mark.

35. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 9. Oktober 1897.

N<sup>o</sup> 116.

## Der rheinisch-westfälische Sondertarif.

Unsre Stellung zu diesem Tarif-Monstrum haben wir bereits mehrfach im Corr. ebenso eingehend wie entschieden präzisirt. Auch die Willensmeinung der zunächst von diesem „Tarife“ betroffenen rheinisch-westfälischen Gehilfenschaft ist in ihrer strikt ablehnenden Form genügend bekannt, und bereits im vorigen Jahre hat die rheinische Gehilfenschaft durch ihr Eintreten für den allein rechtsgültigen deutschen Tarif ausgedrückt, daß sie auf dem Boden des legal unter ihrer Mitwirkung zu stande gekommenen Tarifs steht. Die deutsche Gehilfenschaft endlich hat durch ihre Sympathie und thätigste Unterstützung der für den Tarif kämpfenden Kollegen in Rheinland-Westfalen dokumentiert, daß sie auch fernerhin die Sonderbündelerei in Frage kommenden Prinzipale zurückzuweisen entschlossen ist. In diesem berechtigten Bestreben steht ihr die deutsche Prinzipalität, welche ein Interesse an der Schaffung geordneter Zustände im Gewerbe hat, in anerkannter Weise zur Seite.

So ist der Sondertarif von vornherein ein ins Wasser gefallenes Angstprodukt von bedeutungsloser Natur in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht. Man kann diesen Tarif als ein — allerdings auf historischem Boden — wider Recht und Gesetz gefälltes Femurteil bezeichnen, dessen Vollstreckung das Tageslicht zu scheuen hat. Dieses Empfinden mögen wenigstens die „Gehilfenvertreter“ gehabt haben, als sie in den öffentlichen Aufrufen, welche die für das Buchdruckgewerbe „segensreiche“ Bedeutung dieses Tarifs anpriesen, es vorzogen, ihre Namen „beschneiden“ zu verschweigen. Es mochte ihnen wohl selbst vor der gethanen „Arbeit“ grauen. Um die Pflicht des Chronisten zu erfüllen, wollen wir wenigstens nachträglich die mit ein paar Duzend Stimmen „gewählten“ Gehilfenvertreter zum rheinisch-westfälischen Tarif-Ausschusse“ hier aufzählen. Es sind die Herren: A. Dilly in Essen (Ruhr), Ernst Reeb in Bochum, P. Sterzenbach in Mülheim (Ruhr), Carl Cahn in Dortmund, Heinrich Dormann in Krefeld (Seper), Otto Remm in Dortmund, Caspar Sudlenbroich in Köln (Maschinenmeister). Diese Herren haben den Willen ihrer eigentlichen Mandatgeber, der Prinzipale, die sie auch für ihre Thätigkeit materiell schablos hielten, erfüllt und nachdem die „Gehilfenvertreter“ wieder in der Versenkung verschwunden sind, nachdem der „Mohr“ gegangen worden ist, können die rheinisch-westfälischen Prinzipale nach dem „gemeinsam vereinbarten Tarife“ schalten und walten wie es ihnen beliebt.

Unsere Mitglieder haben nun zweifellos ein Interesse daran, an der Hand des Sondertarifs (zu beziehen von der Geschäftsstelle des Vereins rhein.-westfälischer Buchdruckereibesitzer, Köln a. Rh., Unter Sachsenhausen 5, à Stück 5 Pf.), zu erfahren, inwieweit ein Teil der Gehilfenschaft durch diesen Sondertarif geschädigt werden soll. Schon der § 1 dieses Tarifs ist von höchst prinzipieller Bedeutung, indem er sagt: „Die regelmäßige tägliche Maximal-Arbeitszeit ist eine zehnstündige.“ Im deutschen Tarife heißt es (§ 31):

„Die tägliche Arbeitszeit ist eine neunstündige.“ Die Fassung des § 1 selbst enthält außerdem einen krassen Widerspruch, indem er von einer „regelmäßigen Maximal-Arbeitszeit“ spricht. Was das „regelmäßig“ zu bedeuten hat, hätten die Prinzipale aufzuklären ganz besonders notwendig. Sucht man vielleicht mit dem Worte „Maximal-Arbeitszeit“ die Gehilfen darüber hinwegzutrogen, daß die Arbeitszeit auch unregelmäßig ausgedehnt werden kann nach Minuten und Viertelstunden? Persönlich schäme ich mir ja die rheinisch-westfälischen Prinzipale ob ihrer allezeit an den Tag gelegten Offenheit als ehrliche Gegner ein, so daß es nur zu begrüßen wäre, wenn dieser Teil der Prinzipalität im Interesse des Gewerbes endlich einmal sich dem großen Ganzen anschließen würde, aber der § 1 ihres Tarifs läßt in seinem vornehmsten Teile der uneingeschränkten Willkür den weitesten Spielraum, wie die Gehilfen noch erfahren werden. Weiter heißt es im § 1: „Längere Arbeitszeit (Ueberstunden) ist gemäß § 8 zu vergüten.“ Was sagt nun der § 8? Er setzt für Ueberstunden bestimmte Zuschläge fest und zwar in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends 10 Pf., von 9 bis 11 Uhr abends 20 Pf., von 11 bis 12 Uhr 30 Pf., nach 12 Uhr nachts 40 Pf. pro Stunde. Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen wird anderthalbfach, am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertage doppelt bezahlt.“ So der Sondertarif. Im § 34 des deutschen Tarifs ist die Entschädigung für Extrastunden wie folgt geregelt: von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends 15 Pf., von 9 bis 11 Uhr 25 Pf., von 11 bis 12 Uhr 35 Pf., nach 12 Uhr nachts 40 Pf., für Sonn- und Feiertagsarbeit werden 25 Pf., für regelmäßige Sonntagsarbeit (die gerade in Rheinland-Westfalen zu Haus ist) 45 Pf., für Arbeiten am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertage 85 Pf. pro Stunde bezahlt. Nun werden aber die meisten Extrastunden von 7 bis 10 oder 11 Uhr geleistet, somit ergibt sich im rheinischen Tarif eine nicht unbeachtliche Verschlechterung. Ebenso verhält es sich mit der Sonntagsarbeit und der Arbeit an hohen Festtagen. Bei hier und da vorkommender Sonntagsarbeit bezahlt der Sonderbündler den anderthalbfachen Lohn, der deutsche Tarif hat 25 Pf. Zuschlag festgesetzt. Nehmen wir die zehnstündige Arbeitszeit mit einem Lohne von 4 Mk. täglich als Grundlage, so ergibt sich (§ 1) ein Verdienst von 6 Mk. für gelegentliche Sonntagsarbeit. Nach dem deutschen Tarife wird gelegentliche Sonntagsarbeit mit einem Zuschlage von 25 Pf. pro Stunde bezahlt; es würde sich somit in zehn Stunden und einem täglichen Lohne von 4 Mk. ein Verdienst von 6,50 Mk. ergeben. Kommt aber regelmäßige Sonntagsarbeit in Frage (bei Zeitungen ufm.) und die rheinisch-westfälischen Prinzipale sind in der Hauptsache Zeitungsbesitzer, so würde nach dem deutschen Tarife der Verdienst eines Setzers nach obigem Beispiele 10,50 Mk. betragen, nach dem Sondertarife 6 Mk. Man kann hieraus ersehen, warum die Prinzipale in Rheinland-Westfalen einen Sondertarif „vereinbarten“; sie sind dadurch in der Lage,

zu einem erheblichen Prozentsatze billiger zu produzieren als die den deutschen Tarif bezahlenden Prinzipale. Und die Gehilfenschaft ist außerdem gezwungen, ihre Lebenshaltung herunterzudrücken, um die Schmutzkonzurrenz mit fördern zu helfen. Ja, ja, der „hohe Lohn“ wirkt entsetzlich! Nach § 11 des Sondertarifs ist für berechnende Seper der Tausendpreis von Perl bis Mittel um je 2 Pf. niedriger als im deutschen Tarife (§ 2). Der Durchschuß wird im Sondertarife (§ 12) unter Viertelpetit mit 7 Pf., nach dem deutschen Tarife (§ 3) mit 9 Pf. pro Hundert bezahlt; für 100 Regletten zählt der Sondertarif 8 Pf., der deutsche Tarif 9 Pf. Die Kolumnentitel werden in beiden Tarifen gleichmäßig bezahlt. Im Sondertarife fehlt aber folgender nicht unwichtiger Passus des deutschen Tarifs (§ 4): „Wenn der Seper aus dem Inhalte des Textes den Wortlaut des Kolumnentitels selbst formulieren muß, so gilt der Kolumnentitel eine Zeile mehr.“ Nach § 15 des Sondertarifs ist die Höchstgrenze der Bezahlung für gemischten Satz mit dem 32. Teil, im deutschen Tarife (§ 6) mit dem 64. Teil erreicht, also abermals eine materielle Verschlechterung des Sondertarifs. Ebenso kennt dieser Tarif nur eine dreifache Mischung des Satzes, der deutsche Tarif eine vierfache, und außerdem sagt dieser: „Für jede weitere Mischung vorstehender Art erhöhen sich obige Sätze um 5 Proz.“ Nach § 16 des Sondertarifs geschieht die Berechnung des mathematischen Satzes „nach Vereinbarung“, was immer nur ein Rotbettel ist und den Seper benachteiligt sowie Anlaß zu Streitigkeiten gibt, während § 7 des deutschen Tarifs feststellt, daß mathematischer Satz mit 100 Proz. Aufschlag zu bezahlen ist. Und nun das famose Altersstufen-System bei der Bezahlung, von 24 Mk. angefangen bis herunter zu 14 Mk.

Angeichts der Tendenzen des Sondertarifs, billiger zu produzieren als es den übrigen deutschen Prinzipalen möglich ist, wird mit diesem Systeme geradezu das Einstellen jüngerer Kollegen herausgefordert und das Minimum von 24 Mark in Städten über 6000 Einwohner bleibt ein schöner Traum — für die Gehilfenschaft. Lassen doch die bereits angeführten Positionen ganz klar erkennen, daß der Sondertarif eine Verschlechterung der Gehilfenverhältnisse bedeuten soll. Ferner wird nach dem Sondertarife der berechnende Seper zum mehr oder minder begehrten Tagelöhner herabgedrückt. Es heißt nämlich im § 2: „Der Prinzipal ist verbunden, seine Gehilfen nach Möglichkeit voll zu beschäftigen.“ Der deutsche Tarif sagt diesbezüglich (§ 12): „Der Prinzipal ist gehalten, die bei ihm konditionierenden Gehilfen voll zu beschäftigen und dieselben bei unzureichender Arbeit für etwaige Zeitversäumnisse nach dem Durchschnittsverdienste der letzten 30 Arbeitstage zu entschädigen.“ Bei der Sprachentschädigung haben es die Sonderbündler ebenfalls verstanden, 1<sup>2</sup>/<sub>3</sub> Proz. abzuknappen, denn bei ihnen wird Lateinisch, Englisch, Alt- und Plattdeutsch sowie deutscher Dialekt um 15 Proz. erhöht bezahlt, nach dem deutschen Tarif um 16<sup>2</sup>/<sub>3</sub> Proz. Im

deutschen Tarife heißt es sodann (§ 24): „Bei Gipsstereotyp-Satz erhöht sich der Preis, wenn stereotypierter Ablesesatz benutzt wird, um 10 Proz. pro tausend Buchstaben.“ Hierüber fehlt im Sondertarife jedwede Bestimmung sowie auch darüber, daß nach Beendigung des Werkes der Setzer nicht zum Aufräumen desselben verpflichtet ist, wie es der § 27 des deutschen Tarifs zu gunsten der Gehilfen ausspricht. Ebenso enthält der deutsche Tarif in seinem § 28 folgende weitere materielle Vergünstigung für die Gehilfen: „Für ausbühlsweise Arbeiten ist dem Setzer 50 Pf. Entschädigung (ausschließlich Lokalzuschlag) dann zu bezahlen, wenn er behufs Herstellung oder nach Beendigung derselben zum Ablegen genötigt ist und der Preis der betreffenden Arbeit weniger als 6 Mark (ohne Lokalzuschlag) beträgt. Auch hierüber schweigt sich der Sondertarif aus. Einen für berechnende Zeitungssetzer aber geradezu unentbehrlichen Paragraphen enthält unser Tarif, worüber ebenfalls der Sondertarif mit Stillschweigen hinweggeht. Es heißt nämlich im § 29: „Die Berechnung von Zeitungen und Zeitschriften geschieht auf Grundlage dieses Tarifs. . . Entreprise-Verhältnisse auf Grundlage des Tarifs sind statthaft, sobald solche mit dem gesamten Personale der betr. Zeitung (ausschließlich Metteur) abgeschlossen werden.“ Warum der Sondertarif über diesen Punkt hinweggegangen ist, obwohl er sich doch den Wortlaut zu vielen Paragraphen aus dem deutschen Tarife geholt hat, ist leicht erklärlich. Nach letztem gehört der „Spek“ den Setzern, nach dem Sondertarife dem Prinzipale. Das ist des Rätsels einfache Lösung. Und nun die Kerle des Sondertarifs: seine Lokalzuschläge. Für 49 rheinisch-westfälische Orte sind solche festgesetzt, während der deutsche Tarif nur 16 Orte aufführt. Man sollte auf den ersten Blick meinen, daß hier eine Verbesserung der Lohnverhältnisse der Gehilfen beabsichtigt sei. Es sind aber Orte mit Lokalzuschlägen beglückt worden, die zu allen Zeiten noch eine „anerkanntswerte“ Konsequenz an den Tag legten, möglichst niedrige Löhne zu zahlen, so z. B. Ohligs, Wald, Altena, Lüdenscheid, Paderborn usw. Die Lokalzuschläge des Sondertarifs sind im allgemeinen eine schöne Dekoration, weiter nichts, abgesehen davon, daß gegenüber dem deutschen Tarif einzelne Orte mit einer Herabsetzung des Lokalzuschlags beglückt worden sind, so z. B. Essen von 15 auf 12 $\frac{1}{2}$ , München-Gladbach von 10 auf 7 $\frac{1}{2}$ , Hagen von 12 $\frac{1}{2}$  auf 10 Proz. In Wirklichkeit werden aber durch den deutschen Tarif weit mehr als 16 rheinisch-westfälische Orte von Lokalzuschlägen betroffen, denn es heißt im § 37: „Die Lokalzuschläge gelten für den betr. Ort und die innerhalb 10 Kilometer Entfernung von der Weichbildgrenze derselben liegenden Ortschaften.“ Wenn der Sondertarif für einzelne Orte erhöhte Lokalzuschläge festgesetzt hat, so geschah dies nur, um dadurch dem dort teilweise eingeführten deutschen Tarif konkurrierend gegenüber treten zu können — aus keinem andern Grunde — während andererseits dort Lokalzuschläge beschloffen wurden, wo dem deutschen Tarife nicht beizukommen ist. Ein geschicktes Manöver, aber doch durchsichtig genug.

Nun, Kollegen in Rheinland-Westfalen, kann es euch schwer fallen, zwischen diesen beiden Tarifen zu entscheiden? Der eine, zu stande gekommen unter der Mitwirkung der Gesamtkollegenschaft, der andre auf Befehl der Prinzipale!

Der rheinisch-westf. Sondertarif, für den öffentlich noch kein einziger Kollege in Rheinland-Westfalen eingetreten ist, verschlechtert eure Lebenslage, statt sie zu verbessern. Kein Prinzipal hat den Gehilfen bisher bessere Verhältnisse aufgezwungen, die rheinischen Prinzipale wollen es thun. Laßt dies nicht tief blicken? Wie es auch kommen möge, die Gesamtkollegenschaft kennt keinen andern als den deutschen Tarif von 1896 und wird jederzeit wie ein Mann zusammenstehen für diesen Tarif und gegen den Sondertarif!

## Korrespondenzen.

R. Berlin. (Verammlung des Vereins der Schriftgießer usw. am 16. September.) Des verstorbenen Mitgliedes Otto Hirsch (Wieser) wurde in der üblichen Weise gedacht. Unter Vereinsmitteilungen kamen zunächst einige Tarifangelegenheiten zur Sprache. Für Halbbreit-Bruchziffern ist kein Preis im Tarife für Kompletzfuß vorgesehen. Jetzt sind solche gegossen worden und wurde der Preis mit 1,25 Mt. pro Kilo vereinbart. Die Versammlung wollte einen höhern Preis hierfür normiert haben, war aber schließlich mit dem angeführten einverstanden, da der Vertrauensmann der betr. Gießerei erklärte, daß nicht mehr herauszuschlagen sei. Es handelt sich um Bruchziffern auf halben Regel, also Sevierte. Der Preis für Bruchziffern gleichen Regels auf halbgewierte, welche ebenfalls in Guß sind, wurde noch offen gelassen. Wegen der Bezahlung einer Griechisch, ob als Alt- oder Neugriechisch, ist eine Verständigung erzielt worden. Die Schrift wird als Altgriechisch bezahlt, weil halbumerschnittene Buchstaben darunter waren. Es gilt der Grundsat: Neugriechisch hat gar keine unterschrittene Buchstaben — Als Neubest sind in letzter Zeit Schriften hergestellt, die als Buntdruck-Schriften verwendet werden können. Die eine ist „schwarz“, die andre „licht“. Beide Konturen müssen beim Buntdruck genau aufeinander passen. Diese Schriften werden aber auch, angeblickt in den meisten Fällen, einzeln angewandt. Die Wieser beanspruchten die Bezahlung als Buntdruck-Schrift, wogegen die Geschäftsleitung nur den einfachen Preis bezahlen will. Die Versammlung gab ihre Ansicht dahin kund, daß es sich hier um eine Buntdruck-Schrift handelt, da den Gießern besonders ausgegeben worden sei, die eine Schrift genau nach der andern zuzurichten, so daß sie aufeinander passen. Nur wenn von dieser Arturatsse abgesehen werde, könnten diese Schriften als gewöhnliche gelten. Lebhaftige Klage wurde geführt, daß der Tertiar-Regel nicht unter die größeren Regel gerechnet wird. Für letztere besteht eine Norm für schmale Schriften, für kleinere Regel dagegen nicht. Verschiedene Schriftgattungen, die in den größeren Graden als schmal bezahlt werden, hören bei Tertiar auf als solche zu gelten, weil hier die Norm fest, und gerade Tertiar sei derjenige Regel, bei dem so wie so schon am wenigsten verdient werde. Am schlechtesten sind diejenigen Gießerei daran, die an einer großen Kompletzmaschine Tertiar zu gießen haben, da die Maschinen für diesen Regel zu langsam laufen. — Wegen eines Messinglinien-Tarifs soll demnächst eine Branchenversammlung stattfinden. Hieraus kam ein Fall von Maßregelung zur Sprache. Der Vorgesetzte einer Messinglinien-Abteilung hatte einen Arbeiter mit einem gemeinen Schimpfworte belegt, das der Arbeiter in der Erregung dem betr. Meister sofort zurückgab. Die Entlassung des Arbeiters war die Folge. Während nun die Mitarbeiter des Entlassenen erklärten, nicht für denselben eintreten zu können, da dessen Entlassung doch in Aussicht gestanden habe und ordnungsgemäß erfolgt sei, erklärte der Vorstand den Fall als eine Maßregelung und sprach dem Entlassenen die Maßregelungs-Unterstützung zu. Die Versammlung war derselben Ansicht; von einem Vorgesetzten hätte sie mehr Anstand erwartet. Es soll dafür gesorgt werden, daß derartige Fälle in Zukunft nicht mehr vorkommen. — Die sämtlichen Zahler werden vom 1. Oktober ab auf die Restantenliste gesetzt werden, die allmähentlich zirkuliert, da hier nur böser Wille oder Nachlässigkeit vorliegt. Der Delegierte beim graphischen Kartell bringt den Antrag auf Zahlung eines bestimmten Beitrages zum Kartell in Anregung. Die Versammlung erklärte sich nicht abgeneigt, will aber erst die Haltung der Buchdrucker und Buchbinder abwarten, da dieselben ausschlaggebend seien. Ein Antrag, die Kandidaten zum Bauvorsitz, soweit es Schriftgießer sind, in einer unserer Vereinsversammlungen in Vorschlag zu bringen, wird angenommen. — Zu Redirenen wurden gewählt die Kollegen Grahe, Hein und Patat.

K. Berlin. Einberufen vom Vorstande des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter fand hier am 23. September die zweite Versammlung der in der Messingbranche beschäftigten Arbeiter mit der Tagesordnung: „Die Einführung eines Messinglinien-Tarifs“ statt. Zunächst bemerkte der Vorsitzende Berthahn, daß jedenfalls aus Anlaß der letzten zu schwach besuchten Versammlung ein Schreiben der Prinzipale an ihn gelangt sei, nach welchem letztere von einem einheitlichen Tarif absehen und Haus tarife baldigst eingeführt wissen wollen. Die Versammlung teilte diesen Standpunkt und nahm die Personale der Firmen Berthold und Wöllmer die Wahl ihrer Kommissionen vor, das Personal der Firma Gursch will, da es in der heutigen Versammlung nur ungenügend vertreten ist, ihre Kommission im Geschäft wählen. — Eine längere, recht unliebsame Debatte entspann sich unter den Kollegen bei Wöllmer, wo ein Arbeiter R. der Organisation den Rücken gefehrt und übrigens ein recht gespanntes Verhältnis und Uneinigkeit unter den Arbeitern besteht. Dies veranlaßte den Vorsitzenden, in recht trefflichen Ausführungen den Wert einer Organisation zu erörtern. Redner ermahnte zur Einigkeit und erwartet, daß R. dem Vereine wieder beitrete. — Ein Antrag, den Vorstand zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, wurde einstimmig angenommen. Von der Festsetzung eines Mindestlohnes für Lohnarbeiter wurde vorläufig abgesehen, die Löhne selbst sollen in einer der nächsten Versammlungen bekannt gegeben, weiter sollen für Ueberstunden 10 Pf. Aufschlag gefordert

werden. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben, daß die Prinzipale von der Wahl der Kommissionen benachrichtigt würden, schloß derselbe die ziemlich gut besuchte Versammlung.

K. Braunschweig. Am 25. September fand eine gut besuchte Versammlung des Maschinenmeistervereins statt, in welcher Kollege Steuers-Hannover Bericht über den Maschinenmeister-Kongress in Halle erstattete. Der Redner entfaltete in einstündiger Rede, welche mit reichem Beiwerke besetzt wurde, ein lebhaftes Bild über den Zweck und Verlauf des Kongresses. In seinem Schlussworte sprach er sich dahin aus, daß ein jeder Kollege selbst sein Möglichstes thun müsse, um weiter zu kommen, um die Verhältnisse besser zu gestalten. Betsch trage der Maschinenmeister dort selber die Schuld, wo die Verhältnisse sich in krasser Weise geltend machen. Kollege (Seper) Ksmus schloß sich dem Schlussworte des Vortredners an und forderte die Maschinenmeister in kräftigen Worten auf, mit den Setzern Hand in Hand zu gehen, denn dadurch würden unsere beiderseitigen Interessen gefördert. Kollege Schulz forderte die Mitglieder auf, unter sich mehr zusammenzuhalten und namentlich die Versammlungen immer vollständig zu besuchen. Kollege (Seper) Schweitje sprach sich lobend über den Verlauf und die Thätigkeit des Kongresses aus; wenn auch nicht alles erreicht werden könne, was beschloffen wurde, so werde doch im allgemeinen durch den Kongress das Interesse und der Eifer für die Maschinenmeisterbewegung wieder wachgerufen. Ein Kongress habe keinen Wert, wenn nicht jeder Kollege nach den gefassten Beschlüssen handelt und an den Sitzungen des Verbandes teilnimmt. Ferner hob Redner noch hervor, daß das Ueberarbeiten noch ein großes Uebel bei den Maschinenmeistern sei. Kollege Steuers verlas noch eine Zusammenstellung über das Lehrlingswesen im Gau Hannover, woraus zu ersehen, daß in verschiedenen Orten noch viel zu wünschen übrig bleibt. Ganz besonders wies der Redner noch auf die nichtgelernten Maschinenmeister hin, die durch jahrelange Thätigkeit als Hilfsarbeiter durch billigere Entlohnung nach und nach die Maschinenmeister verdrängen. Hier sei gerade der Maschinenmeister der schuldige Teil, wenn er durch Bequemlichkeit dem betreffenden Hilfsarbeiter die Arbeit mit der nötigen Anweisung überträgt und dadurch die Anlernung des Hilfsarbeiters veranlaßt. Kollege Schulz sprach noch darüber, daß dem Maschinenmeister auch viel Schuld beizumessen sei an der Ueberzahl der Lehrlinge. Es wurde sodann folgende Resolution angenommen: „Die heute abgehaltene Maschinenmeisterversammlung erklärt sich mit dem Resultate des Kongresses einverstanden, erwartet indes vom Zentralvorstande die völlige Anerkennung des Karlsruher Antrages.“ Mit einem Danke für das Referat wurde vom Vorsitzenden die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Elberfeld, 11. September. Am heutigen Tage hielt der Gesangverein „Gutenberg“ sein neuntes Stiftungsfest in dem großen Saale des Hohenzollerngartens ab. Der Gesangverein „Ophelia“ hatte sich bereit erklärt, einige Lieder zum Besten zu geben. Es sei ihm auch an dieser Stelle dafür gebant. Vor allem gebührt aber auch den Varmer Kollegen herzlichster Dank für ihr zahlreiches Erscheinen. Alle Vorträge wurden von den Festteilnehmern dankbar aufgenommen. Kollege Lohmann trug seinen Prolog recht ansprechend vor und erntete wohlverdienten Beifall; auch die humoristischen Vorträge fanden viel Anklang. Der Gesangverein „Gutenberg“ hat dadurch wieder gezeigt, daß er unter der Leitung des Kollegen Vogelkamy recht gute Fortschritte gemacht hat. Trotzdem von gewisser Seite gegen die Bestrebungen des „Gutenberg“ eine rege Agitation entfaltet wurde, hatten sich doch etwa 350 bis 400 Personen zusammengefunden, darunter — man höre und staune — außer den zwanzig Mitgliedern des „Gutenberg“ nur fünf Mitglieder des Ortsvereins. In Versammlungen zeigen die Kollegen mit Worten das Bestreben, die Kollegialität zu heben, wenn aber zu diesem Zweck ein Fest stattfindet, erheben diese Kollegen nicht. Das fröhliche Leben und Treiben in einem Gesangverein ist doch gerade dazu angehan, die Kollegialität zu heben. Wir rufen diesen Kollegen daher nochmals zu: Schließt Euch dem Gutenberg an, Ihr verfehrt da unter Kollegen und könnt bei einigen frühlichen Stunden die Anstrengungen des Tages vergessen.

Leipzig. (Versammlung des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplasten am 23. September.) Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Schumann bekannt, daß er wegen Familienangelegenheiten aus dem Verbands der Deutschen Buchdrucker ausgetreten sei und lege er diesbezüglich auch im Vereine sein Amt nieder. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, gab Kollege G. Basse einen kurzen Ueberblick über die bisherigen Erfolge unsrer Organisation. Gleichzeitig gab er einen Antrag des Vorstandes bekannt, die Erhebung des Eintrittsgeldes bei Neueintretenden erst vom 25. Oktober d. J. ab in Kraft treten zu lassen, um so den uns noch fernstehenden Kollegen entgegenzukommen und ihnen den Beitritt zum Vereine zu erleichtern. Kollege Stecher wünschte, ein Eintrittsgeld erst nach Ablauf eines Jahres zu erheben, was aber von verschiedenen Kollegen als unthunlich bezeichnet wurde. Hierauf wurde der Vorstandsantrag gegen eine Stimme angenommen. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde beschloffen, den „Stereotypen“ auf Vereinskosten im Restaurant Epkeß auszuliegen.







trag fand nach warmer Besprechung des Kollegen Franz Bernburg die einstimmige Zustimmung der Versammlung. — Dagegen wurde ein weiterer Antrag desselben Ortsvereins, welcher die Abhaltung eines gemeinschaftlichen Bezirks-Johannisfestes im Jahr 1898 plante, aus Rücksicht auf das im nächsten Jahre stattfindende fünfundsanzigjährige Gaujubiläum von der Mitgliedschaft zurückgezogen. — Unter Verschiedenem wurde der Antrag des Kollegen Franz Bernburg: „Die Reisekosten (nach dem Bezirksstatut) für Abhaltung einer Zusammenkunft der Maschinenmeister des Bezirks Halberstadt zu bewilligen“, von der Versammlung angenommen und Kollege Franz beauftragt, sämtliches Material herbeizuschaffen, um demnächst die Einberufung der Zusammenkunft in der Zentrale des Bezirks veranlassen zu können. Die vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution: „Die heute in Wallenstedt tagende Versammlung spricht sich im Sinne der Beschlüsse der am 4. Juli cr. in Halle abgehaltenen Bezirksvorleser-Konferenz aus, wonach innerhalb des Winterhalbjahres ein Vorgehen der im Bezirk noch unter Minimum beschäftigten Gehilfen zur Erlangung tarifmäßiger Bedingungen gefordert wird“, fand die Zustimmung der Versammlung. — Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Blankenburg gewählt. — Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Berlin.** (Vereinsbericht vom 22. September.) Zum ersten Punkte der Tagesordnung, „Beschlussefassung über eine etwaige Herabsetzung des Vereinsbeitrages“, gab Kollege Wachs als Vorstandsvorsitzender zunächst ein klares Bild über Einnahmen und Ausgaben. Demzufolge führte Redner aus, gibt unser letztjähriger Rechenschaftsbericht ein erfreuliches Bild von Wachstum in jeder Hinsicht, haben wir doch trotz der gestiegenen Ausgaben (mehr gegen 1895 15000 Mk. für Kranke und Konditionslose) und der fast bestelllos dastehenden Hilfe an andere Gewerkschaften (41000 Mk.) immerhin einen Ueberschuß von 10000 Mk. erzielt. Bedenken muß man aber hierbei, daß das Jahr 1896 mit seiner Gewerbeausstellung zu den besten gehörte. Als Beweis hierfür diene der Hinweis, daß wir 1895 zum 1. Mal 168, 1896 nur 99 Konditionslose hatten. Wenn hier der bessere Geschäftsgang angeführt wurde und trotzdem eine Zunahme der Unterstüzungen an Konditionslose um 10000 Mk. zu konstatieren war, so liegt das daran, daß im letzten Teile des Jahres 1895 die Karenzzeit zum Bezuge der Unterstüzungen von 100 auf 75 Wochen herabgesetzt und im vergangenen Herbst die Unterstüzungen von 50 auf 75 Pf. pro Tag erhöht worden ist. Bei einer Herabsetzung des Beitrages muß auch in Betracht gezogen werden, daß in Zukunft eine bedeutende Steigerung der Unterstüzungen im Verhältnis zu den Einnahmen zu verzeichnen sein wird und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Zunahme der Mitglieder sich immer mehr nur noch auf Neuausgelernte und Zureisende beschränken wird. Gegen eine Herabsetzung des Beitrages spricht ferner die demnächst vorzunehmende Tarifdurchführung. Kommt hierbei Berlin auch nicht direkt in Betracht, so darf doch nicht verkant werden, daß wir ein großes Interesse haben, den Tarif auch in der Provinz eingeführt zu sehen. Und aus diesem Grunde müssen wir den Provinzialkollegen bei ihren bevorstehenden Kämpfen finanziell zur Seite stehen. Redner kam nunmehr zu der eigentlichen Beitragsermäßigung und führte aus, daß eine Ermäßigung um 10 Pf. pro Woche bei 3500 steuernden Mitgliedern eine Mindereinnahme von 18000 Mk. bedingen und den ganzen Ueberschuß aufzehren würde. Zu berücksichtigen sei noch, daß die Ausgaben für Unterstüzungen sich steigern, denn die letztjährige Erhöhung der Unterstüzungen sei im Rechenschaftsberichte noch nicht voll zur Wirkung gekommen. Aus allem gehe hervor, daß die Herabsetzung des Beitrages um 10 Pf. vielleicht möglich, eine solche um 20 Pf. absolut unmöglich sei. Da nun eine Herabsetzung um 10 Pf. für die Mitglieder wohl kaum als eine Erleichterung zu betrachten, so empfahl Redner, den Beitrag in seiner jetzigen Höhe zu belassen, dagegen aber für die konditionslosen Kollegen eine Erleichterung zu schaffen, indem die Karenzzeit zum Bezuge des Gauzuschusses von 75 auf 50 Wochen herabzusetzen wäre. Redner hoffe, daß die Versammlung diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen werde. — An der Hand des Rechenschaftsberichtes von 1896 wies Kollege Streckert nach, daß eine Beitragsermäßigung von 10 Pf. ein Defizit von 9000 Mk. ergeben würde. Sollten also Einnahmen und Ausgaben aufgehen, so läme höchstens eine Herabsetzung um 5 Pf. in Betracht, was wohl keinen Zweck hätte. Redner empfahl den Antrag des Vorstandes zur Annahme. Kollege Michaelis hielt den Antrag des Vorstandes nicht für annehmbar, empfahl dagegen für die am Ort ausgesetzten Kollegen die Karenzzeit zum Wiederbezuge des Gauzuschusses von 26 auf 18 Wochen herabzusetzen. Er sei hierbei von dem Grundsatze ausgegangen, daß man gerade für die älteren Kollegen Erleichterungen schaffen solle. Die Kollegen Raffini und Wachs wiesen darauf hin, daß für die älteren Kollegen bereits die Breslauer Generalversammlung Verbesserungen geschaffen habe, indem dieselben nicht 20, sondern 40 Wochen lang zur Arbeitslosenunterstüzungs bezugsberechtigt wären. Außerdem habe der Vorstandsantrag einen großen agitatorischen Wert und komme einem großen Teile von Mitgliedern zu gute, während bei dem Antrage Michaelis nur einzelne Kollegen in Betracht kämen, die auch selbst dann nicht bezugsberechtigt würden, oder der Verein

spreche denselben eine dauernde Unterstüzung zu. Kollege Michaelis trat wiederholt für seinen Antrag ein. Kollege Stiefenhofer empfahl den Vorstandsantrag zur Annahme; es müsse auch auf die Kollegen Rücksicht genommen werden, welche durch die Verhältnisse gezwungen seien, ihren Wohnort zu wechseln und hier zureisfen. Dieselben brauchten etwa drei Jahre, bis sie zum Bezuge des Gauzuschusses berechtigt seien, trotzdem sie bereits verschiedene Jahre in anderen Gauen gesteuert hätten. Kollege Faber glaubte bestimmt, daß eine Möglichkeit vorhanden war, den Beitrag herabzusetzen, nach den gehörten Ausführungen sei er jedoch anderer Ansicht geworden. Den Antrag Michaelis hielt Redner aus dem schon vom Kollegen Wachs angeführten Gründe für unannehmbar, dagegen entspreche der Vorstandsantrag den heutigen Verhältnissen. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten Wachs, in welchem nochmals die Zwecklosigkeit des Antrages Michaelis nachgewiesen wurde, kam der Antrag des Vorstandes, die Karenzzeit zum Bezuge des Gauzuschusses von 75 auf 50 Wochen herabzusetzen, gegen ungefähr zehn Stimmen zur Annahme. Der Antrag trat am 26. September in Kraft. — Ueber die Berliner graphischen Konferenzen und deren Beschlüsse referierte Kollege Raffini. Redner erwähnte zunächst die Entstehung und die Zusammensetzung der Berliner graphischen Konferenzen und kam in seinen weiteren umfassenden Ausführungen auf alle einschlägigen Fragen zu sprechen. Er empfahl zum Schluß seines streng sachlich gehaltenen Referates, sämtliche Vorschläge der Konferenz abzulehnen. Kollege Wachs, als Vertreter der Buchdrucker in der graphischen Konferenz, gab einige Ausführungen über die Zusammenkünfte und erklärte den Entwurf ebenfalls für unannehmbar. Er ersuchte, die Regelung dieser Angelegenheit dem Vorstande zu überlassen, welcher auch einen praktischen Weg, auf dem sich weiter arbeiten lassen würde. Kollege Eichler behauptete, daß das wiederholt angeregte und von den Buchdruckern sanktionierte graphische Kartell noch nicht in Wirksamkeit getreten sei. Redner wünschte, daß alle notwendigen Schritte getan und unterstützt würden, die dahin gingen, im Sinne der Kartellierung auf die verwandten Berufe einzuwirken. Schließlich wurde die Regelung dieser Angelegenheit dem Vorstande übertragen. — Unter Vereinstmittlungen wurden die Kollegen ersucht, jedwede Veränderung oder etwaigen Wohnungswechsel der Vertrauenspersonen dem Vorsitzenden umgehend zur Kenntnis zu geben. In denselben Offizinen, wo bis jetzt noch keine Vertrauensmänner vorhanden, wurden die Kollegen ersucht, die Zahl derselben sofort vorzunehmen. — Die Vertrauensleute wurden ersucht, die Adressen aller Neuauslernenden umgehend dem Vorsitzenden bekannt zu geben. — Im Interesse einer geordneten Verwaltung wurden alle diejenigen Kollegen, die noch Reste haben und wiederholt gemahnt wurden, aufgefordert, diese baldmöglichst zu begleichen. — Für die Mitglieder findet Sonntag den 31. Oktober eine Vorstellung im Urania-Theater statt („Die Erforschung des Nordpols“). Willens à 50 Pf. sind auf der Verwaltung zu haben. — Zum Schlusse der Vereinstmittlungen wurde das jetzt in Mode gekommene Thema „Urabstimmung“ angeschnitten. Augenscheinlich hatte man neue Beschlüsse von Leipzig erhalten. Das Protokoll der letzten Generalversammlung mußte dazu herhalten. Aus diesem verjuchte Kollege Rosenthal den Beweis zu erbringen, daß die jetzt vorgenommene Urabstimmung null und nichtig sei. Kollege Kitzler benutzte ebenfalls diese Gelegenheit, um auf den Zentralvorstand loszuschlagen. Beiden entgegengetreten die Kollegen Wachs, Streckert und Raffini in entschiedener Weise. Auf die Behauptung des Kollegen Kitzler, daß der Zentralvorstand die seitens eines Kollegen angebahnte Unterhandlung zwecks Aussprache über eine Verständigung mit der Opposition brüst zurückgewiesen hätte, erklärte Kollege Raffini, daß die seitens des Kollegen Oberg angeregte Aussprache mit der Opposition vom Vorstande mit Freuden begrüßt worden sei. Alle vorbereitenden Schritte hierzu wären in die Wege geleitet gewesen und der Zentralvorstand hätte seine Zustimmung dazu gegeben, daß Mitglieder aus Hamburg und Dresden daran teilnehmen könnten. In letzter Minute sei jedoch die Besetzung von der „oppositionellen“ Zentralleitung aus Leipzig gekommen, nicht in Verhandlung zu treten, da sie (die Zentralleitung) nur dazu berechtigt sei. Diese Besetzung sei auch prompt befolgt worden und so hätten sich die Verhandlungen zerlegt. Man könne es dem Vorstande doch wahrlich nicht zumuten, mit Herrn Gaisch, der sich vollständig unmöglich gemacht habe, in Unterhandlungen zu treten. Daß die Herren die Besetzung befolgten und Gaisch nicht fallen lassen wollten und könnten, sei sehr begreiflich, denn sie hätten sich bei ihm schon zu sehr festgelegt und könnten deshalb nicht mehr zurück. Herr Gaisch habe seine Leute an der „Strippe“. Bei jeder selbstständigen Regelung würde er ebenso schonungslos gegen die Herren vorgehen, wie er es vorher mit seinen früheren Mitarbeitern getan habe. Die Briefe, die ihm anvertraut wurden, hätten der Veröffentlichung und dadurch würden verschiedene Kollegen kompromittiert werden und das spreche viele zurück. Es wäre aber wahrlich von größtem Vorteile für die Kollegen, es darauf ankommen zu lassen und die dargebotene Hand zum Frieden anzunehmen, als diesen schmachvollen Weg weiter zu wandeln. — Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gelangte danach mit großer Mehrheit zur Annahme, worauf um 12 Uhr der Schluß der Versammlung erfolgte.

**Breslau.** Trotz des prächtigen Herbstwetters war der Besuch der am 26. September im Ballhof abgehaltenen Versammlung ein über Erwartetes guter. An die Aufnahme einiger Mitglieder schloß sich eine längere Debatte, aus welcher der Beschluß hervorging, unter dem Tarif entlassene Kollegen zwar aufzunehmen, jedoch denselben die Verpflichtung zu erteilen, daß sie in einer Frist von einem Vierteljahre nach Aufnahme das Minimum erlangen müssen. — Sodann referierte Kollege Kell über den Maschinenmeister-Kongreß in eingehender Weise, wofür ihm der Dank durch Erheben von den Plätzen ausgedrückt wurde. Der nächste Punkt der Tagesordnung, Erziehung eines Beizigers zum Gaubordante, fand seine Erlebigung durch Aufstellung der Kollegen Braun und Gehler auf die Kandidatenliste. Voriger Zeit wegen mußte der Ausschluß von Restanten von der Tagesordnung abgesetzt werden, doch wurden die Restanten verlesen und wird sich die demnächst einberufende Versammlung mit dem definitiven Ausschusse zu beschäftigen haben. Unter Mittellungen barriere noch eine Reihe interessanter Sachen ihrer Erlebigung, doch konnten dieselben der Zeit wegen ebenfalls nur flüchtig gestreift werden. Erwähnt sei, daß an einem der nächsten Sonntage ein Herbstspaziergang stattfinden wird. — Im Anschluß an die Versammlung fand eine Besichtigung des Breslauer Schuttmuseums statt. Herr Rektor Hübler machte in liebenswürdigster Weise den Führer durch die Räume des Museums. Es lagen da zur Ansicht aus Unterrichtsmitteln älterer und neuerer Zeit. Besonders Interesse erregten die Nebenmaschinen der Russen und Chinesen, die bei diesen Völkern noch heute im öffentlichen Verkehr gebräuchlich sind. Besichtigt wurden ferner die Schreibtafel der Blinden und die von denselben benutzten Lesebücher, das Modell eines Irdischen Kindergartens sowie Lehrmittel und Arbeiten der verschiedenen Beschäftigungsarten, die in den Kindergärten gelehrt werden. Besonders lehrreich war die Wanderung durch den zweiten Saal. Hier verweilte man zunächst bei den verschiedenen Nahrungsmitteln, die in ihre verschiedenen Bestandteile zerlegt, ersichtlich machen, wieviel Nährstoffe usw. in den einzelnen Nahrungsmitteln vorhanden sind, und nahm dann die reichhaltigen Sammlungen der verschiedensten Art in Augenschein. Auch unter Gewerbe ist vertreten durch Matrizen und von denselben abgegoßene Platten; lehrreich war ferner die Erklärung eines Verfahrens, mittels dessen man von Naturblumen Druckplatten erzeugen kann, es enthält das Museum mehrere Bände solcher Drucke in tadelloser Vollendung. Den Schluß bildeten elektrische Experimente sowie Erläuterungen über die Einrichtung der elektrischen Straßenbahn und eines Motorsagens. Auch die Röntgenstrahlen fanden ihre Besprechung. Die wenigen Personen, die der Einladung zum Besuche folgten, waren hochbefriedigt von dem Gesehenen. Allseitig wurde Herrn Rektor Hübler für seine Bemühung gedankt.

**Frankfurt a. M., 4. Oktober.** In Nr. 113 des Corr. befindet sich ein Bericht aus Offenbach, der sich u. a. auch mit tarifwichtigen Zuständen in der Druckerei Dohany (Offenb. Bg.) beschäftigt. Um konstatieren zu können, ob tatsächlich die Verhältnisse so sind, wie sie geschildert, lud ich das Personal genannten Geschäfts, den Offenbacher Bezirksvorstand und die bereits entlassenen Kollegen zu einer Druckereiversammlung ein. Zur Ehre des Geschäfts sei nun festgesetzt, daß keiner der Anwesenden etwas Tarifwichtiges konstatieren konnte und ebenso die stattgefundenen Entlassungen aus ganz anderen Gründen erfolgten. Die Kollegen werden freundlichst gebeten, in Zukunft bei ihren Auslassungen vorsichtiger zu sein, damit nicht durch falsche Anschuldigungen die Lage der Mitglieder verschlechtert wird.

Carl Dominé, Gehilfenvertreter.  
**Frankfurt a. M., 7. Oktober.** Der in Nr. 115 des Corr. enthaltene Vereinsbericht übertrachte mich insofern, als hierin auf einmal von Verleumdung die Rede ist, die, obwohl ja kein Name genannt ist, doch nur auf meine Person zurückfallen kann. Tatsächlich brach ich diesen Fall als Gleichnis eines andern, einer Bagatelle dagegen, worüber Herr schon viel Besens gemacht wurde, während ersterer nie Erwähnung fand, zur Sprache. Nicht im mindesten aber lag es in meiner Absicht, die betreffenden Kollegen beleidigen, verdächtigen oder gar verleumdend zu wollen, sondern ich wollte lediglich damit nur ein Beispiel auführen, wie inkonsequent der hiesige Vorstand in manchen Sachen sich zeigt. Wie es aber scheint diesmal mit Unrecht! Ich nehme deshalb gern, da ich Verleumdung selbst über alles hasse, die unvorsichtiger Weise ausgesprochenen Worte unaufgefordert zurück; mein Gewährsmann, ein alter, allgemein

geehrter Kollege, wird hoffentlich Licht in diese Angelegenheit zu schaffen wissen. Gleichzeitig hoffe ich aber auch, daß die in den letzten Vereinsberichten (Nr. 80 und 99) enthaltenen Unwahrheiten bezüglich meiner Unterstüpfungsangelegenheit berichtigt werden, was mir leider durch einen Artikel im Corr. versagt wurde. W. H. Wollenbach.

**N. Oera.** Der Bezirk Oera hielt am 16. September die dritte diesjährige Bezirksversammlung in Orossen a. E. ab; dieselbe war von Oera aus gut besucht, vertreten waren noch Zeulenroda, Weiba, Köfritz und Eisenberg. Ueber den Vertrauensmann des letztern Ortes sprach sich die Versammlung tabelnd aus, weil derselbe nicht erschienen war und die Versammlung doch Eisenberg zu Wesfallen in Orossen stattfand. Die Versammlung sprach Johann über zwei Mitglieder den Ausschluß aus, während sie bei einem dritten nochmals Gnade für Recht ergehen ließ. Aus dem zum Vortrage gelangten Kasienberichte des verfloffenen Quartals ging hervor, daß dieses eines der schlechtesten war. Allein für Unterstüpfungen wurden 1180,20 Mk. verausgabt. Eine längere Aussprache führte Johann die Bundesrats-Berordnung, die sanitären Verhältnisse in den Druckerien betr., herbei. Es wurde festgestellt, daß derselben teilweise noch recht mangelhaft entsprochen werde. Zur Sprache kam Johann die in Nr. 106 des Corr. erwähnte Postkarte des H. Müller in Oera. Kollege Müller hat die Postkarte nicht geschrieben, sein Name ist in gemelter Weise mißbraucht worden und wird sich die nächste Ortsvereinsversammlung des weitem mit der Angelegenheit befassen. Die Bezirksversammlung erreichte 1/2 Uhr abends ihren Schluß.

Die Außerordentliche Versammlung am 2. Oktober beschäftigte sich wieder mit der Kartenangelegenheit Müller, ohne dieselbe jedoch zum Abschluß zu bringen. Die Kollegen der Tagblatt-Druckerei, in welcher Kollege Müller beschäftigt ist, sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß dessen Name mißbraucht worden und drangen deshalb darauf, daß Müller zur weitem Verfolgung der Sache sich die Karte schicken lasse. Nach Empfang dieser Karte hatten sich die betr. Kollegen in einer Zusammenkunft darüber besprochen, mit Umgehung der oppositionellen Kollegen dieser Druckerei, indem sie von der Voraussetzung ausgingen, daß einer oder mehrere dieser Kollegen der betreffenden Postkarte nicht fern ständen. Weil man annahm, daß die Karte, deren Inhalt man noch nicht kannte, Nachweil einiger oppositionell gesinnter Kollegen sei, glaubte man auch weiteren Kreisen zeigen zu müssen, mit welchen Mitteln die Opposition vorgehe, und es wurden von dieser Zusammenkunft noch Kollegen anderer Druckerien in Kenntnis gesetzt. Der Vorsitzende beurteilte scharf die Handlungsweise dieser Kollegen, die Zusammenkunft sei eine dem Statut zuwiderlaufende Versammlung gewesen, in welcher über seine, des Vorsitzenden, Abiegung verhandelt worden wäre, er erklärte, er wolle sich nicht länger als Spielball gebrauchen lassen und lege sein Amt nieder. Dadurch hatte sich ein Antrag erledigt, welcher vom Vorsitzenden die Niederlegung seines Amtes verlangte. Die Beteiligten behaupten, es habe kein anderer Anlaß zu der Zusammenkunft vorgelegen als die Kartenangelegenheit, allerdings habe die Debatte auf das Gebiet der Opposition übergespielt und es habe sich nicht vermeiden lassen, daß auch die Person des Vorsitzenden mit berührt worden sei. Wegen übergroßer Mürahe mußte die Versammlung um 1 Uhr geschlossen werden, ohne in der Kartenangelegenheit ein Resultat gezeitigt zu haben. — Anmerkung des Schriftführers: Es wäre nachgerade an der Zeit, daß sich der Schreiber dieser Karte zu erkennen gäbe; dadurch, daß derselbe ruhig mit anlieht, wie sich die Mitgliedschaft wegen dieser Karte immer mehr entzweit, macht er seine Schuld immer größer. (Es ist nicht das erste Mal, daß nachweislich mit gefälschten Unterschriften versehen hämische Postkarten an die Redaktion gelangen, wir bitten jedoch die Herren Kollegen, die Sache auf sich beruhen zu lassen, da wir dem Unterschriften fälschenden Ständerchriften auch nicht die allgeringste Bedeutung belegen. Es belämpft eben jeder die — Laiengemeinschaft, so gut oder so schlecht wie er kann. D. Red.)

**Flauen.** Am 26. September fand hier in Rants Restaurant eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher Kollege Müller-Bodwa, der Vertreter des Gaus Erzgebirge-Bogtland, über den Maschinenmeister-Kongreß in Halle Bericht erstattete. Der Referent ging zunächst auf die Entstehung der Maschinenmeisterfrage ein und führte aus, daß die zum großen Teile sehr unglücklichen Verhältnisse der Maschinenmeister, an welchem deren Letzgarie allein die Schuld trage, nicht erst seit Inkrafttreten der Maschinenmeisterlaufes des 1896er Tarifs beständen, sondern schon früher vorhanden waren. Nachdem Redner das Ueberstundenwesen, das gerade bei den Maschinenmeistern in hoher Blüte steht, einer scharfen Kritik unterzogen hatte, beleuchtete er speziell die Verhältnisse des Gaus Erzgebirge-Bogtland. In demselben werden in 111 Betrieben 154 Gehilfen (Maschinenmeister) beschäftigt, von denen 66 Nebenarbeiten (Anlegen, Papierschneiden usw.) mit verrichten müssen. Dem Verbands gehört in Gau kaum die Hälfte der Maschinenmeister an, es bietet sich demnach für die Agitation ein weites Feld. Im weitem präzipierte Kollege Müller eingehend seinen auf dem Kongresse vertretenen Standpunkt und kam hierbei auf die Verantwortlichkeit der Maschinenmeister, die Anlernung von Nichtbuchdruckern an Rotationsmaschinen und bei der Stereotypie sowie auf das Behrlingswesen zu sprechen. Am Schluß seines sehr befallig aufgenommenen Vortrages forderte Referent die

anwesenden Maschinenmeister auf, zur Gründung eines Klubs zu schreiten. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige Allgemeine Buchdrucker-Versammlung, welche besonders seitens der Maschinenmeister stark besucht ist, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Müller-Bodwa, einverstanden und erblickt in den auf dem Kongresse gefaßten Beschlüssen das rechte Mittel, die Lage der Maschinenmeister zu verbessern. Gleichzeitig spricht die Versammlung dem Kollegen Müller für sein thätkräftiges Eintreten in der Maschinenmeisterbewegung ihren Dank aus.“ Der im Verlaufe der Debatte von einem Leisnitzer Kollegen gestellte Antrag: „Die heute anwesenden Maschinenmeister wollen die Gründung eines Klubs für Flauen und die umliegenden Druckorte beschließen“, wurde ebenfalls einstimmig angenommen und Kollege Jost-Flauen beauftragt, weitere Schritte einzuleiten. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten nochmals den Dank der Anwesenden ausgesprochen hatte, schloß er mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung, die auch von einer Anzahl Kollegen aus Leisniz besucht war. Die Nichtverbandsmitglieder bestanden es, getreu ihrem Prinzip: alles von den Verbandsmitgliedern Errungene mit einzuheimen, denselben aber jede Unterstüpfung zu versagen, nicht für nötig, an der Versammlung teilzunehmen, was um so mehr zu verurteilen ist, da die infolge des teuren Lebensunterhaltes nichts weniger als glänzende Lage der hiesigen Kollegenkreise nur dann verbessert werden kann, wenn sämtliche Kollegen der Fahne des Verbandes folgen.

**Stuttgart.** (Maschinenmeister-Versammlung vom 11. September bei Dindelfader.) Ein Kommissionsmitglied eröffnete die Versammlung und erteilte dem Delegierten zum Kongresse das Wort zu seinem Referate. Kollege Bäckle beleuchtete in einflügendem Vortrage die ganzen Verhandlungen eingehend, doch glauben wir nicht näher darauf eingehen zu sollen, da ja schon vieles im Corr. davon erörtert wurde. Mit Bedauern wurde die ablehnende Haltung des Kongresses betreffs unsers Antrages der einvierteljährlichen Kündigungsbeträge angenommen, da wir nach wie vor es als einen Krebschaden ansehen, wenn ein Drittel der Kollegen am hiesigen Ort in einem länger als vierzehntägigen Kündigungsverhältnisse steht. Weiter sprach der Referent dem Zentralvorstand und dem württembergischen Gauvorsitzende Dank aus für die bereitwillige Unterstüpfung unrer Bewegung. Die Bepropfung betr. Gründung eines Maschinenmeister-Vereins rief eine lebhafteste Aussprache unter den Kollegen hervor. Ein eingelaufener Antrag: „Die heutige Maschinenmeister-Versammlung beschließt, von der Gründung eines Maschinenmeister-Vereins am hiesigen Ort abzusehen und die bis jetzt hier bestehende Maschinenmeister-Kommission in Permanenz zu erklären, um die etwa notwendig werdende Korrespondenz mit Auswärts zu leiten und bei besonders wichtigen Vorkommnissen Maschinenmeister-Versammlungen einzuberufen“, wurde von fast allen Rednern, darunter auch vom anwesenden Gauvorsitzer sowie vom Verwalter Antie bekämpft und schließlich mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag der Kommission, zur Gründung eines Maschinenmeister-Vereins zu schreiten, angenommen. In die zur Einzeichnung ausgelegte Liste zeichneten sich sofort 48 Kollegen ein. Die Kommission wurde beauftragt, ein Statut auszuarbeiten sowie die weitem Vorbereitungen zu treffen. Hierauf wurde die Versammlung mit dem Hinweis, für unsere Bestrebungen unter den Kollegen agitatorisch thätig zu sein, geschlossen. — Am 2. Oktober fand nun die konstituierende Versammlung statt. Die Kommission teilte unter dem ersten Punkte der Tagesordnung mit, daß sie inzwischen unter den hiesigen Kollegen eine schriftliche Umfrage vorgenommen, wodurch sich die Zahl der eingezzeichneten Mitglieder von 48 auf 95 erhöht habe. Beim zweiten Punkte kam der von der Kommission ausgearbeitete Statutentwurf zur Beratung. Hier soll besonders der Zweck des Vereins erwähnt werden: 1. Erörterung technischer Fragen durch Vorträge über alle im Beruf vorkommenden Zweige; 2. Pflege der Kollegialität; 3. die Interessen der Maschinenmeister zu fördern und zu wahren. Der ganze Statutentwurf wurde ohne wesentliche Aenderungen nach Vorschlag der Kommission angenommen. Der dritte Punkt, Wahl des Ausschusses, ergab folgendes Resultat: Wilhelm Bäckle, Vorsitzender; Friedrich Schmidt, stellvertretender Vorsitzender; Heinrich Ehlinger, Kassierer; Otto Brems, Schriftführer; Schimpf, Eisenbarth, Schimmler, Beisitzer. Sämtliche Sendungen an den Verein sind an den Vorsitzenden W. Bäckle, Hauptstraße 10, zu richten. Des weitem sei noch ein Appell an alle dem Vereine noch fernstehenden Verbandsmaschinenmeister gerichtet, dem neuen Vereine durch Eintritt ihre Sympathie zu erweisen; die Aufnahme ist in den ersten drei Monaten frei. Zum Schluß wurde noch das Verhalten eines hiesigen Obermaschinenmeisters (Verbandsmitglied) einem Kollegen gegenüber scharf getadelt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die gut verlaufene Versammlung.

## Rundschau.

In der Buchdruckerei der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung in Bochum wurde dem Personal ein jährlicher Erholungsurlaub von acht Tagen unter Fortzahlung des Gehaltes bewilligt.

Die Firma Jante & Scherf in Krimmitschau ging an den Steinbruder Max Adolf Jante und den Buchdrucker Max Adolf Schmulper über und lautet nun Jante & Schmulper.

Die Buchdrucker von Franz Greben in Köln a. Rh. feierte am 1. Oktober ihr fünfzigjähriges Bestehen.

Sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum feierte am 1. Oktober der Oberfaktor der Reichsdruckerei, Herr Theodor Raafen in Berlin.

Die Buchdrucker-Zinnung in Dresden wählte am 27. September ein Banner, das ihr der Geh. Kommerzrath v. Baensch, Ehrenmitglied der Zinnung, geschenkt hat.

Der Schriftgießereibesitzer Pollak in Wien feierte am 1. Oktober sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum und trat das Geschloß an den bisherigen Vertreter der Schriftgießerei Reitholb-Berlin, Herrn Ed. Scholz, käuflich ab.

Das Schleswiger Tageblatt, anfangs Platten-Zeitung, später in eigener Druckerei hergestellt, stellte am 1. Oktober sein Erscheinen ein. Dadurch wurden ledter 9 Verbandsmitglieder arbeitslos.

Das Amtsgericht in Gettorf wies einen Strafantrag, der unter Benutzung des ambulanten Gerichtsstandes bei ihm gegen den Redakteur der Volkszeitung in Kiel gestellt worden war, zurück, indem es sich nicht als zuständig erklärte. Das kommt selten vor und war für den Kläger um so ärgerlicher, als er im Gettorfer Amtsbezirk Großgrundbesitzer ist und sonach ein gewisses Interesse hatte, seine Klage dort verhandelt zu sehen.

Die Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Literarische Zentralstelle für Arbeitsnachweis), welche ihre monatlichen Berichte bisher in der Sozialen Praxis veröffentlichte, gibt dieselben seit 1. Oktober als selbstständige Monatschrift unter dem Namen Der Arbeitsmarkt in dem Verlage von J. S. Hermann in Berlin heraus. Preis bei direkter Zusendung oder durch die Post 2 Mk. jährlich.

In Leipzig starb am 7. Oktober der Schriftsteller Gustav Schumann, der Verfasser der weitverbreiteten Bleimchen-Litteratur, „Original-Bleimchen“, 46 Jahre alt.

Ein Versuch der Staatsanwaltschaft zu Halle, neben dem verantwortlichen Redakteur auch den Mitarbeiter verantwortlich zu machen, der regelmäßig oder zeitweilig die Redaktion besorgte, hatte vor dem Reichsgerichte keinen Erfolg. Der Oberreichsanwalt sagte hierüber: Die Frage sei noch immer unstritten, ob verantwortlicher Redakteur der sei, dessen Name mit seinem Willen auf dem Blatte steht, oder der, welcher thatsächlich redigiert. Er, der Oberreichsanwalt, würde sich für die erste Alternative erklären, denn es sei sehr schwer zu entscheiden, wer die verantwortliche Redaktion wirklich ausübe. Nach dem Zusammenhange des Preßgesetzes werde im § 7 unter dem verantwortlichen Redakteur etwas andres verstanden als im § 20. Wenn der Staatsanwalt in seiner Revisionschrift meinte, als verantwortlicher Redakteur habe der zu gelten, der maßgebenden Einfluß auf die Zusammenstellung des Blattes ausübe, der die meisten Artikel schreibe usw., so komme man damit ins Nebelhafte. Ein Plenarbeschluß über die Streitfrage sei jetzt nicht erforderlich, da die thatsächliche Feststellung, daß der Verantwortliche verantwortlicher Redakteur sei, nicht beanstandet werden könne. Das Reichsgericht wies demnach die Revision des Staatsanwaltes ab. Es handelte sich um das Halleische Volksblatt, dessen Redakteur zu einem Jahre Gefängnis verurteilt war, während der nach Ansicht der Anklagebehörde „eigentliche Thäter“ strafrett ausging. Die letztere wollte beide bestraft wissen.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nahm nach einer sehr ausführlichen Debatte über die Stellung der Partei zu den Reichstagswahlen im wesentlichen die vom Referenten Bebel vorgelegene Resolution an. Derselbe verbreitet sich zunächst über die Vorbereitungen zur Wahl und verlangt dann im Fall einer engern Wahl, in der ein Parteigenosse nicht in Frage kommt, daß die Stimme demjenigen Kandidaten gegeben wird, der sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl für Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes, für Aufrechterhaltung des unverfälschten Budgetrechtes des Reichstages und gegen jede Erhöhung des jetigen Bestandes des Heeres und der Marine, für Sicherung des vollen Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes durch ein Reichsgezet, gegen jede Aufhebung und Einschränkung von Arbeiterschutz, gegen die Einführung von Ausnahmegesetzen irgend einer Art und gegen die Verschärfung des Strafrechtes in Beziehung auf politische Vergehen oder Verbrechen, gegen jede Verschlechterung der Preßgesetzgebung und gegen die Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender indirekter Steuern und Zölle auf notwendige Lebens- oder Genusmittel einzutreten sich verpflichtet. Im andern Fall ist strikte Stimmenthaltung zu proklamieren. Ein Zusatzantrag bestimmt, daß zur Information der Wahlagitatoren ein kurzgefaßter Bericht über die Thätigkeit des Reichstages 1893/98 herausgegeben wird. — Betreffs der Kaiserzeit wird der Antrag des Referenten, die diesbezügliche Resolution des Gortschassen Parteitages für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten, angenommen, ebenso ein Antrag, wonach die Parteigenossen in anbetrach des eminent agitatorischen Wertes der Kaiserzeit mehr denn je für die allgemeine Arbeitsruhe einzutreten haben. Nach einem Referat über den Arbeiterkongreß in Zürich wurden die dort gefaßten Beschlüsse

gebilligt und die Parteigenossen aufgefordert, bei passenden Gelegenheiten für diese Beschlüsse zu wirken. — Zu dem Punkt „Anträge zum Programm und zur Organisation“ wird nur die Einsetzung einer Prekommission beschlossen, bezweckend Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben. Einmündige dieser Kommission sollen dem Parteivorstande zur Erledigung überwiesen werden; alle übrigen Anträge zu diesem Punkte wurden abgelehnt.

Der Formstreit in Berlin ist beendet. Das dortige Einigungsamt hat den kämpfenden Parteien einen Vergleich vorgelegt, in welchem einleitend bemerkt wird, daß der Streit als ein berechtigter nicht anzuerkennen sei. Im übrigen werden die Streitenden betreffs ihrer Forderungen auf die Vereinbarung verwiesen und betreffs der Wiedereinstellung bemerkt, daß dieselbe „nach Bedarf“ und „möglichst“, bevor auswärtige Formler eingestuft werden, erfolgen soll. Trotz dieses Tadelns und trotz dieser eigenartigen Einigungsbedingungen beschlossen zwei Metallarbeiterverbände: „Die Versammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der Arbeitervertreter vor dem Einigungsamt einverstanden. Obwohl die vorgezeichneten Einigungsbedingungen keineswegs geeignet sind, einen dauernden Frieden im Gewerbe zu garantieren, beschließt die heutige Versammlung, den Ausstand der Formler und Gestreikerarbeit für beendet zu erklären.“ Wir dürfen wohl nun die notwendige Entzweiung, „unserer Opposition“ erwarten, daß das Einigungsamt, dem ja auch Arbeiter angehören, den Streit als nicht vollberechtigt anerkennt; genügt doch bei dem Luzerner Streit bereits ein Tadel an der eingeschlagenen Taktik, um den Kollegen Giesecke zum Verzichter zu stempeln. Doch dies nur nebenbei. Unser Interesse fordert namentlich der Basiss in den Versammlungsbeschlüssen heraus, daß in dem Vergleiche die Grundlage eines dauernden Friedens vermehrt wird. Wenn bei den Buchdruckern bereits ein drei- bzw. fünfjähriger sogenannter Friedenszustand schon der komplette Verrat an den gesamten Arbeiterinteressen sein soll, als was charakterisiert sich dann das Verlangen doch jedenfalls nicht harmonischer Arbeiter nach dauerndem Frieden? Oder ist es hier etwas anderes, weil es sich nicht um Buchdrucker handelt?

Der Streit in der Stoeverschen Fahrradfabrik in Stettin hatte zur Folge, daß die bisher teilweise lokal organisierten Arbeiter beschlossen, den Fachverein aufzulösen und sich dem Metallarbeiterverband anzuschließen. Darauf, daß die Arbeiter verschiedentlich, teils gar nicht organisiert — in Betracht kommen außer dem Metallarbeiter-Verbande der Formler, der Holzarbeiter und Maler und Lackierer — hatte die Firma bei ihren Manipulationen betr. Kürzung der Löhne gerechnet, aber die gesamten Arbeiter traten einmütig zur Abwehr zusammen, obwohl einem Teile, den Nähmaschinenarbeitern, eine Kleinigkeit zugelegt wurde.

In der automatischen Kugelfabrik vorm. Friedrich Fischer in Schweinfurt ergielten die Arbeiter durch einmütiges Vorgehen die Abschaffung der Bestimmung, welche neuereitretende Arbeiter auf ein Jahr verpflichtete und ihnen 20 Mk. Kaution auferlegte; ferner soll ein Fabrikauschuss eingesetzt werden.

## Aufruf

**an Deutschlands organisierte Buchdrucker.**  
Am 26. September d. J. wählten die Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend eine Kommission, deren Aufgabe sein soll, für eine Zentralorganisation des Buchdrucker-Hilfspersonals Propaganda zu machen.

Da die unterzeichnete Kommission der Ueberzeugung ist, daß ihr Bestreben, eine zentralisierte Buchdrucker-Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Organisation herbeizuführen, von den organisierten Buchdruckern Deutschlands mit Genugthuung und Freude begrüßt werden wird, richten wir an unsere Berufsgenossen, die Buchdrucker, im allgemeinen und, bezugnehmend auf eine von der Maschinenmeister-Konferenz zu Halle angenommene Resolution Teske-Berlin, an die Maschinenmeister im besonderen, den Ruf: **Selbst uns das Buchdrucker-Hilfspersonal organisieren!**

Wohl wissen wir, daß es Opfer an Geld und Zeit kosten wird und daß es einer zähen Ausdauer bedarf, um das Hilfspersonal aus der geistigen wie physischen Verschumpfung ziehen zu können, wir wissen aber auch, daß wir begründete Hoffnung hegen dürfen, die aufgewendeten Opfer mit Erfolg gekrönt zu sehen.

Tarum nochmals: „Selbst uns das Buchdrucker-Hilfspersonal organisieren.“

Dieses geschieht, wenn die Buchdrucker in allen größeren Druckorten Versammlungen abhalten und dort über die Ziele und den Nutzen einer guten Gewerkschaftsorganisation Aufklärung geben.

Alle die Agitation betreffenden Anträge usw. sind an Herrn Heinrich Jahns, Berlin O 27, Holzmarkt 13, zu richten; derselbe wird auch auf Wunsch das notwendige Material (Flugblätter, Statutvorlagen usw.) versenden.

Möge in A. Deutschlands Gauen unser Ruf an die organisierte Buchdruckerschaft Deutschlands lebhaften Widerhall finden. In dieser Hoffnung schließen wir unsern Appell.

Mit Gruß und Handschlag:

**Die Agitations-Kommission der Buchdrucker-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.**

Paula Thiede, Klara Wien, Heinz. Jahns, Aug. Köhling, Hugo Franke.

Berlin, im Oktober 1897.

## Gestorben.

In Essen am 25. September Georg Thaden, Teilhaber der Firma Thaden & Schmemann, 47 Jahre alt.

In Saarbrücken am 28. September der Faktor Fritz Bruch bei Gebr. Hofer, 72 Jahre alt.

## Briefkasten.

E. R. in Berlin: Man kann es begreiflich finden, wenn einzelne Kollegen im misverstandenen Selbsterhaltungstrieb für Platten-Zeitungen schwärmen, aber da es sich hierbei um die Existenzfrage einer großen Anzahl von Kollegen handelt, so widerspricht ein solch egoistisches Gebahren sowohl dem Verbands- wie dem allgemeinen Arbeiterinteresse. — F. in Kassel: Findet erst im Dezember statt. Wir werden f. B. nachsehen.

## Verbandsnachrichten.

**Osterland-Züringen.** Auf 572 eingegangenen Stimmzetteln zur Wahl des Gauvorstehers erhielt Kollege Palm 499, Metzger 16, Reich 2 Stimmen, weß waren 49, ungültig 6 Zettel. Briefe usw. sind von jetzt ab an Jul. Palm, Weimar, Kaiserin Augusta-Straße 13 I, Gelder wie bisher an G. Gille, Bürgerhulstraße 6, zu schicken.

**Bezirk Gagen i. B.** Die dritte diesjährige Bezirksversammlung findet Mitte November in Arnberg statt. Anträge sind bis 31. Oktober an den Vorsitzenden einzureichen. Alles andre dann per Zirkular.

**Essen (Ruhr).** Der Sezer Hermann Brüner aus Reddinghausen wird ersucht, seine Adresse dem hiesigen Verwalter H. Bettenworth, Klosterstraße 24, mitzuteilen. — Die Notiz in Nr. 110 des Corr. bezüglich des Sezers L. Krinner aus Salzburg hat durch Regelung der Angelegenheit ihre Erledigung gefunden.

**Düsseldorf.** Bei Konditionsangeboten von hier — namentlich im Berechnen — wolle man erst Erkundigungen bei E. Reuber, Herzogstraße 58, einziehen.

**Stuttgart.** In der in Nr. 115 des Corr. unter Stuttgart befindlichen Notiz muß der Gesuchte nicht Nöll sondern Georg Nill aus Stuttgart heißen.

**Weimar.** Um Angabe der Adresse des Maschinenmeisters Heinrich Nühl ersucht J. Palm, Kaiserin Augusta-Straße 13, I.

**Büdingen.** Bei Konditionsangeboten von hier wolle man vorerst Erkundigungen beim Vertrauensmann R. Kaufmann, Gertraudgasse 6 II, einziehen.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu senden):

In Elberfeld der Drucker Wilh. Wimmer, geb. in Kleve a. Rh. 1877, ausgel. das. 1894; war noch nicht Mitglied. — H. Lohmann, Neuentwerferstr. 2 II.

## Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

**Berlin.** Für den Sezer Christian Pettersen liegt beim Verwalter Fr. Stolle, Ritterstraße 88, ein Brief aus Norwegen; die Herren Verwalter wollen den Kollegen Pettersen hierauf aufmerksam machen.

**Schwerin.** Dem Sezer Willy Kade aus Gnesen (Spb.-Nr. 2837), welcher sich unter falschen Angaben ein Duplikat der Reiselegitimation verschafft, sind 3,70 Mk. abzuziehen und an R. Golz in Schwerin (Med.), Ferd. Schulzstraße 18, einzuliefern. Event. werden die Herren Vertrauensleute um Mitteilung des derg. Aufenthaltes des p. Kade gebeten.

## Zentral-Invalidentasse i. Bg.

Die Wohnung des Vorsitzenden der Liquidations-Kommission Josef Wehmer befindet sich jetzt Stuttgart, Leonhardsplatz 1, IV.

**Strasbourg i. Els.** Der Buchdruckervertreter ist vom 1. Oktober ab nach der Herberge zur Heimat zurückverlegt worden. Dasselbst findet die Auszahlung des Blattums von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Dreizehntel Seite 25 Bl., Stellen-Angebote, Gesuche und Vereine-Anzeigen bei direkter Zusendung 10 Pf.

## Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Ausgabe zu entrichten. Offerten in Freimarkte zur Beilieferung beizufügen.

### kleinere Buchdruckerei

gut beschäftigt, mit Lokalbill, bestens eingerichtet, in schönem Orte Bayerns, ist zu verkaufen. Da noch sehr erweiterungsfähig, auch für zwei rührige Anfänger vorzüglich geeignet. Offerten unter J. K. 205 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Zum möglichst sofortigen Antritte suchen einen **ersten Accidenzsezer** tüchtig im Entwurf und Sach besserer Arbeiten, Katalogumschlägen usw.; einen

### zweiten Maschinenmeister

für illustrierten Katalog- und Accidenzdruck; **zwei perfekte Anlegerinnen.**

Den Bewerbungen mit Gehaltsforderung und Antritts-angabe, sind selbstgefertigte Sap.-resp. Druckmuster beizufügen.

Kustav Lange & Co., Plauen i. B. Buch- und Kunstdruckerei. [210]

### Tüchtige Schriftgießer

in dauernde Stellung werden gesucht. [209]

Schriftgießerei Ries Nachfolger, Frankfurt a. M.

Infolge bedeutender Betriebsvergrößerung suchen sofort

**tücht. Galvanoplastiker** Fertigmacher und Schriftgießer

für Küstermannsche Komplettmachine. U. Humrich & Co., Schriftgießerei, Leipzig-W.

### Junger Sezer

sucht Stellung. Offerten erbeten unter „Schriftsetzer“ Schleswig, Schleistraße 1. [219]

**Sezer**, verb., 27 Jahre alt, Retteur einer täglichen Zeitung, tüchtig im Annoncen-, Werk-, Accidenz- und Lütensatz, ev. befähigt ff. Geschäftsreisen zu unterb., sucht (wegen Eing. der Ztg.), dauernde Stellung. Off. erb. Fr. Fabian, Alsterelben, Lange Reihe 29a.

Ein in allen Epazarten wirklich tüchtiger

### Schriftsetzer

sucht anderweitige dauernde Kondition. Offerten erbittet Rud. Wilitz, Aschersleben, Fietzschhäuserstr. 4. [216]

**Tüchtiger Schriftsetzer** im Wert- und Zeitungssatz durchaus flott und korrekt sowie im Tabellen- und Accidenzsatz bew., mit der Kundstereotypie u. dem Korrekturlesen vertraut, sucht zum 16. Oktober dauernde Stellung. Werte Offerten erbittet Max Zeigmann, Achern (Baden). [214]

### Junger Schriftsetzer

der sich noch im Accidenzsatz ausbilden möchte, sucht Stellung. Ueber bisherige Tätigkeit und Führung stehen gute Zeugnisse zur Verfügung. Offerten unter K. 212 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

### Maschinenmeister

24 Jahre alt, sucht Stelle als solcher oder als Schweizerdegen. Werte Offerten erbeten an Heinrich Seeg, Nürnberg, Neugasse 5. [217]

Schriftsetzer Fritz Schulze, Chemnitz, soll seine Adresse seinen Eltern bald melden. [213]

**Zeitungs-Ideen**  
brauchbare Vorschläge, um Fachzeitschriften in die Höhe zu bringen, werden hoch bezahlt. Detaillierte Anerbieten an O. Taumeyer, Berlin W, Brunenwaldstraße 99. [218]

### Leipzig, Stadt Hannover

Verkehrshaus der Leipziger Buchdrucker. Guter bürgerl. Mittagstisch 40 Pf., Abendspesen nach Auswahl 30 bis 50 Pf. ff. Lagerbier 2 Glas 25 Pf., echt Kulmbacher 15 Pf. Wilh. Splass, Seeburgstr. 3/5. [92]

### Graphischer Anzeiger Halle a. S.

Zusendung gratis franco

(auch alle selbst. Neuheiten - Farben-Abgaben - technisches Material - Fachliteratur)

### Richard Härtel, Leipzig-W.

Buchhandlung, Antiquariat, Kleinrentenhandlung für Buch- und Kleinrenten (Webers Complotten). Bestellungen direkt erbeten. Die Zeitschrift der besten Accidenzen. Von O. Krüger in Mainz, 2,50 Mk.

Soll Gatenberg. Jubelnummer von Arthur Henze. Musik von Gustav Benck. Partitur und ein Sap. Stimmen 3 Mk., jeder weitere Sap. 60 Pf.

Verleitung zum Inkubationsdruck von Friedr. Obrecht, 1,20 Mk. Gellwig, B., Die deutsche Interpunktion und der Gebrauch der mit ihr verbundenen Satzzeichen, 80 Pf. Graphische Klassen. Von E. Kalle. 10 Tafeln in Farbendruck mit mehr als 80 Zeichen, Wörtern u. Satzspielen sowie einem reich illust. Bogen Text. Preis 1 Mk.